

Anzeichen für eine breitere Bewegung

Interview mit dem japanischen Anti-AKW-Aktivisten Takaaki Masuno

Ganz Japan ist von der Atomkraft begeistert? Nein, nicht ganz Japan. Aber während selbst die Tagesschau von Anti-AKW-Demonstrationen in Tokio berichtet, werden diese in den japanischen Medien verschwiegen. Nicht weil sie zu klein sind, sondern weil die Massenmedien Teil des Problems sind. Mit Takaaki Masuno (56), einem Anti-AKW-Aktivisten aus Kaminoseki Yamaguchi, organisiert im Stopp Kaminoseki Network, sprach ak über die Schwierigkeiten in Japan gegen AKWs aktiv zu sein. In Japan ist der Protest gegen AKWs meist lokal organisiert. Auch in Kaminoseki ist ein weiteres AKW geplant. Im Februar wurden die Bauarbeiten begonnen und nach dem Erdbeben am 11.3.11 vorerst unterbrochen.

ak: Was ist in den letzten Wochen passiert?

Takaaki Masuno: Nach dem GAU in Fukushima Daiichi aufgrund des Erdbebens demonstrierten viele AKW-Kritiker und Gruppen in Japan – überall und spontan. Wenige Tage nach dem Unfall fand zum Beispiel eine Demonstration vor dem Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie (METI) für die Abschaltung von AKWs in Hamaoka statt. Am 27. März gab es eine Demonstration mit 1.200 Teilnehmern in Tokio. Ebenso in Ginza und am 2. April auch eine in Kyoto. Am 10. April gingen in Tokio und anderen großen Städten nochmals Menschen auf die Straße. Zudem wurden Unterschriften für die Abschaltung von AKWs gesammelt. Auch Bürgermeister von Gemeinden, in denen neue AKWs geplant sind, brachten Petitionen ein. In Kaminoseki, Yamaguchi, wo es seit fast 30 Jahren eine Bewegung gegen den Bau von AKWs gibt, ist der Weiterbau unterbrochen worden, nachdem ein Antrag des Gouverneurs die Betreibergesellschaften dazu anhielt, die Anlagen einer „umsichtigen Nachprüfung“ zu unterziehen. Aber wie die Zahl von 1.200 Teilnehmern in Tokio bereits zeigt, ist die Anti-Atom-Bewegung in Japan nicht sehr breit. Das ist ein großer

griff „Eisendreieck“ für eine stabile gesellschaftliche Konstellation, mit drei Ankerpunkten: dem Staat, vor allem dem Wirtschaftsministerium (METI), den Energieversorgungsunternehmen (EVU) und den sogenannten Goyogakusha, d.h. angestellten Wissenschaftlern im Dienste der Regierung. Die AKW-Kritiker nennen diese drei Gruppen Genpatsu Mura, die AKW-Herde.

Sowohl innerhalb der EVUs als auch von den Wissenschaftlern werden Menschen mit kritischen Meinungen ausgegrenzt und unterdrückt. Viele AKW-kritische Wissenschaftler haben große Schwierigkeiten, ihre Meinungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Erst jetzt, nach der Katastrophe, können sie endlich öffentlich auftreten und sind sogar manchmal in den Massenmedien präsent. Kritik an den AKWs ist dort aber nach wie vor ein Tabu.

Die EVUs geben für Bewohner in Gegenden, wo neue AKWs geplant sind, viel Geld aus und erhalten so eine breite Zu-

stimmung. Einflussreiche Industriebetriebe, große Arbeitgeber vor Ort, sind oft eng mit der AKW-Industrie verbunden. In solchen Gegenden wird man schnell als Sonderling diskriminiert, wenn man sich kritisch gegenüber AKWs ausspricht – bis hin zu sozialem Ausschluss. Aber auch rechte Aktivisten und Yakuza, kriminell-gewalttätige Banden, schüchtern AKW-Gegner ein und bringen sie mit Gewaltandrohung zum Schweigen. Das ist auch deshalb so, weil die Yakuza die Leiharbeiter für die AKWs organisieren – für die gefährlichsten Arbeiten in den AKWs, für die nicht einmal die achte Subfirma die Verantwortung haben will. Die EVUs bezahlen die Yakuza für diese Arbeit, und

das Geld ist als „Kooperationsgeld“ in der Buchhaltung der EVUs aufgeführt. Und diese Einnahmequelle wollen die Yakuza behalten.

Wie ist das Verhältnis zum japanischen Staat, der ja eine tragende Säule der Atomkraft in Japan ist?

Wie gesagt: Der japanische Staat und die Regierung ist auf die Atom-Bewegung nicht gut zu sprechen. Die Geheim-

„Die Regierung ist auf die Atom-Bewegung nicht gut zu sprechen. Die Geheimpolizei überwacht schon bei mittelgroßen Demonstrationen die Teilnehmer.“

polizei überwacht schon bei mittelgroßen Demonstrationen die Teilnehmer – teilweise auch weil es linksradikale Aktivisten sind. Im Wirtschaftsministerium existiert sogar eine Abteilung, die die Anti-Atom-Bewegung und die Aktivisten ständig beobachtet. Der größte Gewerkschaftsdachverband der japanischen Elektrizitätswerke-Gewerkschaften, Denryoku Soren, in dem die Arbeiter der EVUs organisiert sind, unterstützt sowohl die AKWs als auch die Demokratische Partei. Als diese 2009 an die Macht kam, setzte sie auf den Ausbau der Atomenergie. Für die Regionalwahlen am 10. April 2011 wurde in Fukushima ein Kandidat der Demokratischen Partei nominiert, der aus den Gewerkschaften kam.

Im Gegensatz dazu fordern die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei die Abschaltung von AKWs – letztere ist aber wegen ihrer Kritik an den US-Stützpunkten in Okinawa nicht bündnisfähig. Die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Mizuho Fukushima, hat vor ein paar Tagen Iwaisima besucht und mit der dortigen Bevölkerung gesprochen. Gegenüber dieser Insel ist das neue AKW in Kaminoseki geplant.

Welche Rolle spielen die Medien?

Auch die Massenmedien wirken stabilisierend auf die beschriebene Dreiecks-konstellation von Staat, Goyogakusha und EVUs. Die Medien wiederholen einfach was die Regierung und TEPCO auf den Pressekonferenzen sagen und die Goyogakusha mimen die Experten. Die kommentieren dann: „Die Situation ist stabil. Die Strahlung stellt zur Zeit keine Gefahr für die Gesundheit dar.“ Aber nach mehrfachen Explosionen und der de facto außer Kontrolle geratenen Situation ohne absehbare Ende haben sie ihre Glaubwürdigkeit verloren.

Um an Informationen zu kommen, nutzen zudem viele Leute das Internet, statt auf Zeitungen und Fernsehen zurückzu-

wohl auch in den nächsten Jahren Erdbeben zu erwarten sind.

Was sehen Sie derzeit als die wichtigste Aufgabe an? Aufklärung und Gegeninformation? Hilfe für die Betroffenen? Und: Wie soll es in den kommenden Monaten weitergehen?

Eine wichtige Frage. Viele meiner Genossen sind nach dem Erdbeben sofort in die betroffenen Orte gefahren, um zu helfen. Im Internet, bei Twitter und Mixi, dem größten japanischen sozialen Netzwerk, werden inzwischen unglaublich viele Informationen gegen Nuklearenergie und AKWs verbreitet. Meiner Meinung nach ist es jetzt extrem wichtig, diejenigen zu überzeugen, die früher gegenüber der Gefahr gleichgültig waren. Die Anti-AKW-Bewegung muss verstärkt auf die öffentliche Meinung Einfluss nehmen. Deshalb wird es in den kommenden Monaten auch mehr Demonstrationen geben. Am 8. April gab es vor der TEPCO-Zentrale in Tokio eine Demonstration. Diese wurde wohl vor allem von jungen Studierenden organisiert.

Es ist zwar schwer zu sagen, was in den kommenden Monaten genau passieren wird, aber tendenziell werden mehr Leute Nein zu AKWs sagen. Auf diese neuen Stimmen müssen wir zugehen. Ich bin schon lange der Meinung, dass die verschiedenen lokalen Gruppen nicht genügend vernetzt sind. Die Katastrophe sollte auch Anlass sein, eine neue Bewegung auf nationaler Ebene zu initiieren und den lokalen Protest zu verallgemeinern. Und: In der Tat sind Anzeichen für eine solche Bewegung zu finden.

Hat die jetzige Katastrophe die Möglichkeit eröffnet, gesamtgesellschaftlich über einen Ausstieg zu diskutieren?

Laut einer telefonischen Meinungsumfrage von Kyodo News vom 27. März unterstützen 46 Prozent den Bau neuer AKWs oder die Erhaltung der existierenden. 48 Prozent sind hingegen für die Revision der Nuklearpolitik oder fordern die Abschaltung aller AKWs. Diese Zahlen wären vor dem GAU nie möglich gewesen. Zudem ist zu beobachten, dass normale Bürger das erste Mal zu Vorträgen und Filmveranstaltungen gehen – das ist sehr auffällig. Diese Diskussionsbereitschaft müssen wir nutzen. Da die Katastrophe wahrscheinlich eine Verbreiterung der Bewegung mit sich bringt, sehe ich vor allem unsere Aufgabe darin, die neue Anti-Atom-Bewegung aufzubauen und fortzuführen. Noch eine Woche vor dem Erdbeben hat Hiromasa Yonekura, der Vorsitzende des Verbandes der japanischen Wirtschaftsorganisationen, behauptet, dass Fukushima Daiichi einen

greifen. Sie haben begonnen, an den Pressekonferenzen von TEPCO zu zweifeln. Auch freie Journalisten nehmen an den Pressekonferenzen von TEPCO teil, weisen auf widersprüchliche Aussagen hin und drängen so TEPCO dazu, genauere und umfangreichere Informationen zu liefern. Von Regierungssprecher Yukio Edano ist nicht viel zu erwarten. Er gibt nur die Informationen von TEPCO weiter.

Zweifelhaft ist auch die japanische Aufsichtsbehörde Nuclear and Industrial Safety Agency (NISA), die dem Wirtschaftsministerium unterstellt ist. Als ein bei einem Subunternehmen angestellter Arbeiter im Jahr 2000 die NISA über einen verunsicherten Unfall in Fukushima Daiichi informierte, gab die NISA zwar den Namen des Arbeiters an TEPCO weiter, der Unfall wurde aber zwei weitere Jahre verschwiegen und nicht untersucht.

Wie wird das Verhältnis von Erbeben, Tsunami und AKW-Katastrophe diskutiert?

Die Massenmedien berichten zu langsam und nicht ausreichend. Die Fernsehnachrichten berichten völlig getrennt über das Erdbeben sowie den Tsunami einerseits und die Vorfälle in Fukushima Daiichi andererseits. Obwohl die Nuklearkatastrophe noch viele Opfer mit sich bringen wird, stellen die Medien keine Beziehung zwischen den Ereignissen her.

Vor drei Wochen empfahl die Regierung den Einwohnern im Umkreis von 20-30 Kilometer von Fukushima Daiichi, die Region freiwillig zu verlassen. Damals hatten die dort lebenden Menschen weder Benzin noch Geld, und aufgrund von Erdbeben und Tsunami gab es auch keine an-

„Eine japanweite Vernetzung ist nötig – so schnell wie möglich. Die Katastrophe ist noch lange nicht zu Ende, und wir haben nicht mehr viel Zeit.“

deren Verkehrsmitteln, mit denen man das Gebiet hätte verlassen können.

TEPCO behauptete von Anfang an, dass die hohen Wellen des Tsunami nicht zu erwarten gewesen wären. Dieser und die Überflutung hätten den Totalausfall der Notstromversorgungen verursacht. Die Massenmedien stützen bis heute diese Fehleinschätzung. Wissenschaftler weisen hingegen darauf hin, dass die Pumpen der Kühlsysteme bereits vor dem Tsunami aufgrund des Erdbebens ausfielen. Anders ausgedrückt: Es sollte eigentlich nicht nur über den Tsunami berichtet werden, sondern auch über die Erdbebensicherheit der AKWs und die staatliche Kontrolle. Aber weder im Fernsehen noch in den Zeitungen wird dieses Problem diskutiert. Und das ob-

großen Tsunami aushalten würde. Und weiter: „Die japanische Nuklearenergie ist eine Technik, auf die wir gegenüber der Welt stolz sein sollten.“ Die Macht und die Struktur der AKW-Herde sowie der Druck aus den USA und Frankreich werden den Atomausstieg in Japan schwierig machen.

Eine japanweite Vernetzung ist nötig – so schnell wie möglich. Die Katastrophe ist noch lange nicht zu Ende, und wir haben nicht mehr viel Zeit. Wenn wir trotz unterschiedlicher Positionen und Ideen eine Bewegung werden, dann wird bald auch Licht am Ende des Tunnels zu sehen sein.

Interview: Ingo Stützle
Übersetzung: Kohei Saito

„AKW-kritische Wissenschaftler haben große Schwierigkeiten, ihre Meinungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Kritik an den AKWs ist in den Massenmedien nach wie vor ein Tabu.“

Unterschied zur deutschen Anti-Atom-Bewegung, deren Erfolg auch in den japanischen Medien viel Aufmerksamkeit bekommt. Allerdings habe ich den Eindruck, dass sich jetzt auch in Japan Umweltschutzgruppen, Künstler und Jugendliche verstärkt kritisch gegenüber AKWs positionieren. Viele Bürger haben nach dem GAU in Fukushima Daiichi gemerkt, welche Gefahr von der Atomkraft ausgeht.

Warum haben es atomkritische Positionen in Japan so schwer?

Es gibt verschiedene Gründe. Ausdrücklich hervorheben möchte ich, dass eine freie Diskussion in der Öffentlichkeit behindert wird. Wir verwenden den Be-

stimmung. Einflussreiche Industriebetriebe, große Arbeitgeber vor Ort, sind oft eng mit der AKW-Industrie verbunden. In solchen Gegenden wird man schnell als Sonderling diskriminiert, wenn man sich kritisch gegenüber AKWs ausspricht – bis hin zu sozialem Ausschluss. Aber auch rechte Aktivisten und Yakuza, kriminell-gewalttätige Banden, schüchtern AKW-Gegner ein und bringen sie mit Gewaltandrohung zum Schweigen. Das ist auch deshalb so, weil die Yakuza die Leiharbeiter für die AKWs organisieren – für die gefährlichsten Arbeiten in den AKWs, für die nicht einmal die achte Subfirma die Verantwortung haben will. Die EVUs bezahlen die Yakuza für diese Arbeit, und



Neben langjährigen Anti-AKW-AktivistInnen tragen auch junge Studierende die Proteste vor der TEPCO-Zentrale in Tokio